

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Montag, den 14. Oktober 1907.

14. Jahrg.

Die Wählerlisten zur Bürgerschaftswahl liegen von morgen, Dienstag, ab aus.

Bürgerschaftswähler! Seht die Listen ein!

Wer nicht in der Wählerliste verzeichnet steht, kann nicht wählen.

Hierzu eine Beilage.

Hochverrat!

Das Ungeheuerliche ist geschehen: Genosse Liebknecht ist wegen Hochverrats zu 1 1/2 Jahren Festung verurteilt worden! Er ist verurteilt worden, trotzdem das Reichsgericht die krampfhafteste, groteske Beweisführung des Vertreters der Anklage, des Oberreichsanwalts Dishausen mit nonchalanter, fast geringfügig anmutender Weise einfach zur Seite schob. Der Oberreichsanwalt hatte das eigentliche Moment des Hochverrats darin erblickt, daß Liebknecht und seine Broschüre einen Überfall Frankreichs auf Deutschland vorbereiten wollte, um dann die im Waffengebrauch geübte Sozialdemokratie den „ordnungstreuen“ Teil der Armee massakrieren zu lassen. Auch er konnte zu dieser absurden Auffassung nur durch die Entdeckung eines „Druckfehlers“ gelangen, der Liebknechts Auffassung ins direkte Gegenteil verzerrte. Diesen wunderbaren Ideenirrgängen der oberreichsanwaltlichen Beweisführung erklärte das Urteil nicht folgen zu können. Es erklärte diese „vorbereitende Handlung zur Vorbereitung des Hochverrats“ für nicht festgestellt!

Damit war — wie der „Vorw.“ zutreffend schreibt — die ganze Anklage in sich zusammengebrochen. Denn übrig blieb nichts als eine theoretische, parteitaktische Abhandlung über die geeignetste Form der sozialistischen Aufklärung über das Wesen des klassenstaatlichen Militarismus! Eine Abhandlung, die Hervés Auffassung ablehnte, den Militärstreik verwarf und ausdrücklich verlangte, daß die nur unter der nicht ihrer Militärpflicht genügenden Jugend zu betreibende Agitation sich durchaus im Rahmen des Gesetzes zu halten habe!

Und trotzdem die Verurteilung Liebknechts wegen Hochverrats!

Und trotzdem kein Schrei der Entrüstung in der freisinnigen Presse; dafür aber hämische Schadenfreude, ja unverhüllter Arger darüber, daß Liebknecht so „mild“ davonkommen, d. h. nicht mit der infamierenden Zuchthausstrafe belegt worden sei!

Welches Ufermaß der politischen Verkommenheit unseres „liberalen“ Bürgertums!

Die Aufnahme des Urteils innerhalb unserer Bourgeoisie beweist eben, wie recht Liebknecht hatte, als er sich als Opfer der „Staatsraison“ bezeichnete. Der Prozeß war eine politische Aktion, bestimmt, der sozialdemokratischen Agitation einen Stoß ins Herz zu versetzen. Er erscheint als Versuch einer Achtung der Demokratie, einer Unterbindung der freien Kritik des herrschenden Klassenstaates, als die Proklamierung der Unantastbarkeit und Unveränderlichkeit des kapitalistisch-absolutistischen Herrschaftssystems!

Es war ein Akt der Klassenjustiz. Freilich nicht der Klassenjustiz in jener kindlichen Form, wie sie sich der Oberreichsanwalt Dishausen vorstellte, der da meinte, er, der Ankläger, und Liebknecht, der Angeklagte, gehörten doch derselben „Klasse“ an, dem — Juristenstande! Nein, die Klassenjustiz braucht wirklich nicht den kleinlichen Charakter persönlicher Ränküne oder einer jämmerlichen Standesvoreingenommenheit zu tragen, um Klassenjustiz zu sein. Die Klassenjustiz besteht einfach darin, daß die Funktionäre der herrschenden Klassen, hier also die Richter, so sehr in den Anschauungen der herrschenden Klassen leben, daß sie die historische Bedingtheit aller staatsrechtlichen und juristischen Normen verkennen, das zeitlich Gegebene für unabänderlich halten und demgemäß im Namen eines vermeintlich absoluten „Rechts“ alles verdammten, was gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung ankämpft.

Die Urteilsbegründung selbst beweist, daß der Prozeß eine politische Aktion im eminentesten Sinne war. Sein A und O ist die Sicherung der heutigen Verfassung, wonach der Monarch als oberster Kriegsherr u. u. m. schräkt über Krieg und Frieden, ja selbst über die Verwendung der Armee gegen den „inneren Feind“ verfügen soll. Und dieser Tatbestand, der selbst im Vergleich mit der Verfassung anderer Konstitutionen als moderat, wahrhaft konstitutionell, geschweige denn als demokratisch nimmermehr gelten kann, soll ewig, unabänderlich sein! Diese Auffassung schlägt zwar

aller historischen Erfahrung ins Gesicht, sie widerspricht sogar aller theoretisch staatsrechtlichen Auffassung — aber sie beherrscht nun einmal das Reichsgericht derart, daß es sich gar nicht vorzustellen vermag, daß eine friedliche Änderung dieses Zustandes, ein organischer Fortschritt auf dem Wege der Evolution möglich wäre.

Denn wenn das Reichsgericht diesen Gedanken der Evolution nicht rundweg verneinte, hätte es unmöglich zur Verurteilung Liebknechts gelangen können!

Welches ist der Gedankengang des Urteils? Liebknecht will die Verfassung ändern. Und zwar will er sie gewaltsam ändern. Die Jugendorganisationen sollen das Werkzeug sein, um den Militarismus zu untergraben. Und zwar dergestalt, daß die Armee in einem Falle, wo es sich um eine Aktion des „obersten Kriegsherrn“ handelt, die mit dem Willen des Volkes in Widerspruch steht, den Dienst verweigert. Damit ist ein Konflikt gegeben, dessen Austrag zur Gewalttätigkeit führt. Inwiefern führt das Urteil nicht aus. Vermutlich denkt es sich die Vorgänge ähnlich wie der Oberreichsanwalt: der oberste Kriegsherr wird Gewalt anwenden und dieser Gewalt wird Gewalt entgegengesetzt werden!

Das der Gedankengang des Urteils. Aber in Liebknechts Broschüre steht nichts von alledem: Liebknecht verwirft im Gegenteil, wie das Urteil selbst zugeben muß, den von Hervés empfohlenen Militärstreik. Er stellt sich vielmehr, wie das Urteil wiederum zugibt, auf den Standpunkt der Stuttgarter Resolution, die jede Festlegung auf irgendwelche illoyale Aktionen ausdrücklich ablehnt!

Liebknecht ist also wegen Hochverrats verurteilt worden, weil das ihn verurteilende Tribunal den Gedanken der Evolution ablehnt, weil das Reichsgericht es für völlig ausgeschlossen hält, daß von den herrschenden Mächten jemals der noch so deutlich und noch so eindringlich sich bekundende Wille der Mehrheit des Volkes respektiert werden könnte.

Und weil diese für das Pflichtgefühl und die soziale Einsicht der herrschenden Klasse so überaus beschämende Auffassung gewissermaßen zur fixen Idee des Reichsgerichts geworden ist, unterstellt es der Broschüre Liebknechts Absichten, die nicht nur der sozialdemokratischen Taktik, sondern der ganzen sozialistischen Weltanschauung ins Gesicht schlagen!

Mit Recht berief sich Karl Liebknecht auf das Wort Wilhelm Liebknechts, daß die Gewalt niemals ein Kulturfaktor sei. Vergebens legte Karl Liebknecht mit feuriger Beredsamkeit dar, daß die von ihm gewünschte antimilitaristische Propaganda gerade die Gewalt aus der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ausschalten, jeden brutalen Machtkonflikt unmöglich machen solle. Vergeblich appellierte er an den Glauben an die Menschheit, der die Annahme gestatte, daß die herrschenden Mächte jenseits des sozialen Pflichtgefühls sich der unaufhaltsamen Entwicklung der Menschheit zu höheren Formen nicht mit brutaler Gewalt zu widersetzen.

Alles vergebens! Das Urteil bekannte sich zu dem furchtbaren Pessimismus, daß der menschliche Fortschritt auch künftig seinen Weg über Leichen nehmen werde! Und diesem trübseligen Fatalismus fiel Liebknecht zum Opfer!

Aber der Streich galt nicht der Person, er galt der Sache! Wir täuschen uns nicht einen Augenblick darüber. Man glaubt, das Urteil sei ein Bollwerk gegen die sozialdemokratische Agitation, gegen die Jugendorganisation, gegen die Aufklärung über das Wesen des Militarismus. Aber die heulende bürgerliche Preszente sollte sich nicht darüber täuschen, daß der Streich nur ein Lusthieb ist!

Die Sozialdemokratie wird sich in ihrer Aufklärungsarbeit über das Wesen des Klassenstaates und seines für unantastbar erklärten Werkzeuges, des Militarismus, keinen Augenblick beirren lassen. Im Gegenteil, der Leipziger Prozeß bietet uns gerade ein vortreffliches Mittel, denjenigen die Augen über das Wesen unserer Klassenherrschaft zu öffnen, die sich bisher noch holden Illusionen hingaben! Die in die Massen geworfene Prozeßverhandlung wird uns als unschätzbare Aufklärungs- und Agitationsmittel dienen.

Die blöde Reichsverbandshege, die mit dem abgehauesten Schwindel arbeitet, warf uns vor, den „gewaltigen Umsturz“ zu erstreben. Wir brauchen jetzt bloß den Spieß umzukehren! Hat doch der Oberreichsanwalt, hat doch das Urteil des Reichsgerichts die Gewalt für den letzten Vernunftgrund der Herrschenden erklärt!

Keine Staatsrechtstheorie erklärt Verfassungen für unabänderlich. Keine Staatsrechtstheorie magt zu leugnen, daß der Zweck der staatlichen Herrschaft nicht die Interessen des Herrschers, sondern die des Beherrschten, des Volkes, sind! Es ist das historische, es ist das juristische Recht des Volkes, rückständige, absolutistische und oligarchische Staatsgebilde in der Richtung der Demokratie und der allgemeinen Wohlfahrt zu entwickeln. Das erstrebt die Sozialdemokratie, und zwar durch die Mittel der Aufklärung, der Belehrung über die wahren Interessen des Volkes. Sie ist es, und sie allein, die mit geistigen Waffen für die Rechte der Allgemeinheit kämpft. Sie ist die Vertreterin des Rechts, der Kultur, der Humanität. Und sie hofft, kraft ihres historischen und formalen Rechts, kraft ihrer moralischen Überlegenheit die Masse des Volkes zu gewinnen und damit dem Kulturfortschritt die Gasse zu bahnen.

Aber da erklärt trotz aller wahren und aber das Reichsgericht die Staatsraison: Der kulturelle Fortschritt bedingt die Verfassungsänderung. Und Verfassungsänderung ist Hochverrat! Hochverrat, weil die Privilegierten und Herrschenden ihre Vorrechte mit Gewalt verteidigen werden, und sich der Fortschritt deshalb ebenfalls der Gewalt bedienen muß!

Wir danken für diese Belehrung. Aber wir lassen uns nicht abschrecken! Wir gehen getrost unseren Weg! Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie sind härker als alle Machtmittel der Herrschenden! Die Aufklärung der Massen windet den Herrschenden ihre Machtmittel aus der Hand, auch die Waffe des Militarismus! Die Armee ist keine Maschine, sie besteht aus den Söhnen des Volkes, aus Menschen, die fühlen und — denken! Und das Denken der Massen wird auch die Herrschenden denken, bedenken, lehren!

Einstweilen mögen sie es mit allen Mitteln versuchen, von denen sie sich Erfolg versprechen. Mag der Kampf Opfer fordern. Die Opfer werden so stolzerhobenen Hauptes, mit so lächelnder Siegeszuversicht den Fuß in den Kerker setzen, wie Karl Liebknecht!

Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Aus Budapest, 10. Oktober, wird uns geschrieben:

Dr. P. Das ungarische Parlament ist heute zu seiner Herbsttagung zusammengetreten und die Arbeiterschaft ganz Ungarns hat diesen Anlaß benützt, um für das allgemeine Wahlrecht zu demonstrieren. Ungarn hat heute wohl das engherzigste Wahlrecht. Von mehr als 6 Millionen erwachsenen Männern haben kaum 700 000 das Wahlrecht, und auch diese üben es in ganz mittelalterlicher Weise aus (so müssen alle Wähler eines Wahlbezirks in einem Wahllokal abstimmen und die Wahlkommission bestimmt die Reihenfolge, in der die einzelnen Gemeinden zur — mündlichen — Abstimmung zugelassen werden), sodas das Abgeordnetenhaus einer kleinen Schicht von Aristokraten und Geschäftspatrioten ausgeliefert ist. Als die Unabhängigkeitspartei zur Herrschaft gelangte, übernahm sie dem König gegenüber die feierliche Verpflichtung, binnen zwei Jahren das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Nun sind seitdem schon 1 1/2 Jahre verstrichen. Aber diese sonderbare Volkspartei trifft keine Anstalt ihr Versprechen zu erfüllen. Da ist denn wieder die Arbeiterschaft auf den Plan getreten, und sie an dieses Versprechen mit allem Nachdruck zu erinnern.

Wie am 28. November 1905 die Wiener Arbeiter am Parlament vorbeizogen, so wollte heute auch die Arbeiterschaft Budapests einen friedlichen Demonstrationzug am Parlamente vorbei veranstalten. Aber das Ministerium ließ diese Demonstration verbieten, weil dadurch die Freiheit des Parlamentes beeinträchtigt würde. Also änderte die Partei die Richtung dieses Zuges und beschloß, nicht mehr am Parlamente, sondern in den Hauptstraßen der Stadt zu demonstrieren. So würde aus der Demonstra-

gung des Generalstreiks. Eine von der Versammlung angenommene Tagesordnung spricht ihre Genehmigung über die Verfassung der Carabinieri und Polizisten aus, die an den Ereignissen vom 11. Oktober beteiligt waren, und fordert strenge Untersuchung und Bestrafung, sowie eine Reform der Gesetzgebung im Sinne eines Verbots der Intervention von Polizei und Militär bei wirtschaftlichen Konflikten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 14. Oktober.

Reichstagenverbändlerische Erziehung. In welcher Verrohung es führt, wenn Leute täglich freiwillig oder gezwungen dem Reichstagenverband Helfershelferdienste leisten, dafür liefert das Amtsblatt in seiner Sonntag-Nummer wieder einen sprechenden Beweis. Im Anschluss an einen Artikel, in welchem die ungeheuerliche Verurteilung unseres Genossen Liebknecht mit einem Freudenheul beglückt wird, heißt es:

„Als Rechtsanwalt Dr. Liebknecht gestern mittag das Reichsgerichtsgebäude verließ, wurde er von Tausenden von sozialdemokratischen Arbeitern, die sich um diese Zeit angemeinelt hatten, mit Hurraufen empfangen. Nun, dieses deplazierte Hurraufen zeigt nur, wie nötig es ist, endlich diesen Hezer unschädlich zu machen.“

Glücklicherweise ist man in anständigen bürgerlichen Kreisen noch nicht so verroht, um den Ausgang des Leipziger Hochverratsprozesses durch eine derartige Schimpfepistel gegen den Angeklagten zu feiern; im Gegenteil, die Stimmen, welche sowohl die Anklage als auch die Verurteilung Liebknechts als völlig ungerechtfertigt bezeichnen, mehren sich.

Zur bevorstehenden Bürgerstimmwahl. Der Wortführer der Bürgerstimmwahl folgendes bekannt: Im November 1907 findet die Neuwahl von 42 Vertretern der Bürgerstimmwahl statt, und zwar: durch Abteilungs I im 1. Wahlbezirk: Jakob-Quartier und Vorstadt St. Gertrud (einschließlich einer Extrawahl bis Dezbr. 1911) 8 Vertreter, im 2. Wahlbezirk: Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz 8 Vertreter, im 3. Wahlbezirk: Marien-Quartier und südwestlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz (einschließlich einer Extrawahl bis Dezember 1911) 9 Vertreter, im 4. Wahlbezirk: Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen 7 Vertreter, durch Abteilungs II im 1. Wahlbezirk: Jakob-Quartier und Vorstadt St. Gertrud 1 Vertreter, im 2. Wahlbezirk: Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz 1 Vertreter, im 3. Wahlbezirk: Marien-Quartier und südwestlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz 1 Vertreter, im 4. Wahlbezirk: Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen 1 Vertreter, durch Abteilungs III im 6. Wahlbezirk: Travemünder Landbezirk 1 Vertreter, im 7. Wahlbezirk: Burgtor-Landbezirk 1 Vertreter, im 8. Wahlbezirk: Hohlentor-Landbezirk 1 Vertreter, im 9. Wahlbezirk: Mühlen-Landbezirk 1 Vertreter, im 10. Wahlbezirk: Nigerauer Landbezirk 1 Vertreter, durch Abteilungs IV im 9. und 10. Wahlbezirk: Mühlen-Landbezirk und Nigerauer Landbezirk 1 Vertreter. Die Wählerlisten für diese Neuwahlen liegen von dem 15. bis 22. Oktober einschließlich zu jedermanns Einsicht aus, und zwar: für den ersten bis vierten Bezirk im Bureau des Stadt- und Landamtes zu Lübeck (Städtisches Amt, Königstraße Nr. 55, 2. Obergesch.) vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr, am Sonntag von 10 bis 2 Uhr; für den sechsten Wahlbezirk im Gemeindebureau zu Travemünde, werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr; für den siebenten Wahlbezirk bei dem Vorliegenden des Gemeindevorstandes zu Schlutup, Herrn J. J. B. Vade: für den achten Wahlbezirk bei dem Vorliegenden des Gemeindevorstandes zu Krenpsdorf, Herrn J. J. G. Meyer; für den neunten Wahlbezirk (Unterbezirk: die Gemeinden Strednis, Genin, Moislung, Alsdorf, Heese und Moorgarten) bei dem Vorliegenden des Gemeindevorstandes zu Moislung, Herrn G. J. Tegtmeyer; für den zehnten Wahlbezirk (Unterbezirk: die Gemeinden Walsdorf, Borrade, Blankensee, Seidendorf, Grummsee, Cronsförde, Niedersüßau und Oberbüßau) bei dem Vorliegenden des Gemeindevorstandes zu Cronsförde, Herrn J. G. Meersch; für den zehnten Wahlbezirk (Unterbezirk: die Gemeinden Dübelsdorf, Sielstraße, Hohenbeck, Behlendorf, Altsfelde, Giesendorf und Haamsdorf) bei dem Vorliegenden des Gemeindevorstandes zu Behlendorf, Herrn G. H. J. Ehlers; für den zehnten Wahlbezirk (Unterbezirk: die Gemeinden Ruffe, Nigerau, Woggensee, Groß Schreimaken, Klein Schreimaken und Tramm) bei dem Vorliegenden des Gemeindevorstandes zu Ruffe, Herrn J. J. A. Wüst. Einsprachen gegen die Listen sind spätestens am Tage nach Schluß der Auslegung schriftlich bei dem Wortführer des Bürgerausschusses, Herrn Konrad Dimpfer, Lübeck, Breitestraße Nr. 12, anzubringen.

Die Gruppierung der Bürgerstimmwähler gestaltet sich nach den Wählerlisten vorläufig wie folgt:

	1. Klasse	2. Klasse
Jakob-Quartier	179	780
St. Gertrud	259	668
Marien-Magdalenen-Quartier	202	523
St. Lorenz-Vord.	260	1257
Marien-Quartier	283	465
St. Lorenz-Hind.	294	933
Johannis-Quartier	329	563
St. Jürgen	612	722
	2418	5861

	3. Klasse	4. Klasse
Nigerauer Bezirk (Ruffe)	28	33
Behlendorf	27	25
Mühlen-Landbezirk	15	82
Büßau	31	33
Hohlentor-Bezirk	34	—
Burgtor-Bezirk	47	—
Travemünder Bezirk	21	—
	203	173

Es ist immerhin interessant, zu sehen, daß die 2418 Bürger erster Klasse 32 Vertreter zu wählen haben, während auf die 5861 zweiklassigen Bürger ganze 4 Vertreter entfallen. In der dritten Klasse wählen 203 Bürger 5 Vertreter, in der vierten 173 Bürger nur einen. Das ist eine himmelstreichende Ungerechtigkeit, gegen die bei der Bürgerstimmwahl durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel Protest erhoben werden muß.

Sozialdemokratie, Beamte und Bürgerstimmwahlen. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die Sozialdemokratie überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, mit Energie für die Interessen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten eintritt. Daß auch die mittleren und unteren Be-

amten nicht auf Rosen gebettet sind, weiß jeder verständige Mensch; und die Sozialdemokraten sind deshalb stets bemüht gewesen, eine Besserung der Gehaltsbedingungen dieser Leute herbeizuführen. Angesichts dieses nicht zu bestrittenden Faktums wirkt es fast komisch, wenn — die „Lübeckischen Anzeigen“ es wagen, ihren Lesern folgendes „Eingeländt“ vorzuführen:

Zu den Bürgerstimmwahlen. Die Sozialdemokratie verbreitete am Sonntag ein Flugblatt, in dem eine Reihe von Wünschen und Forderungen aufgestellt werden, die zum Teil gar nicht in Frage kommen können. Dagegen vermeidet die Sozialdemokratie ganz auf die brennendste Tagesfrage, die Teuerungszulage für Beamten und die Frage der besseren Besoldung der Beamten einzugehen. Beamte sind auch in sozialdemokratischen Reihen — glücklicher Weise — nicht zu finden, und so eribrigt es sich wohl für die Sozialdemokratie für diesen Teil der Bevölkerung, „der nicht seine Groschen nach der Johannisstraße trägt“, die so dringende Aufbesserung der Lebenslage zu gönnen. Es könnten ja auch dem Steuerzahler 50 Pfg. mehr abgenommen werden, die dann den sozialdemokratischen Klassen und von hier den Partei- und sonstigen Sekretariatschleichen entzogen würden.

Darum Beamte, merkt Euch das: Die Sozialdemokratie hat nichts für Euch übrig, die gibt Euch Steine statt Brot! Wählt, ob in erster oder zweiter Wahlabteilung, keinen Sozialdemokraten, sondern nur einen bürgerlich gestimmten Mann, sei es in einer Lebensstellung wo er wolle, er wird in gerechter Weise für uns sorgen.

Ein „kleiner“ Beamter. Es wird schwerlich Leute geben, die im Ernst daran glauben, daß wirklich ein Unterbeamter so einfüchtig ist, um einen derartigen Unsinn zu schreiben. So niedrig darf man die Intelligenz derselben unter keinen Umständen einschätzen. Wir hielten nicht um die Gunst der kleineren Beamten oder tragen angebliche Beamtenfreundlichkeit in so aufdringlicher Weise zur Schau, wie das gegenwärtig von gewisser Seite geschieht; dafür treten wir aber, wie auch die Bürgerstimmwahlverhandlungen ausweisen, durch die Tat für die Beamten ein, selbst dann, wenn später kein Dank dafür zu erwarten ist. Bei der Sozialdemokratie ist eben die Forderung der Interessen der minderbemittelten Bevölkerung Prinzip — auch wenn einmal ein Flugblatt das nicht bezüglich der Beamten besonders hervorhebt. Wer den unteren Beamten Steine statt Brot gibt, ist zu beklagen, als daß wir noch ausführlich darauf zurückzukommen nötig hätten; diejenigen Leute, die den unteren Beamten und Arbeitern das Wahlrecht in schmälicher Weise beschneiden haben, können niemals als Freunde der Beamten gelten, denn sie haben das Interesse derselben mit Füßen getreten. Sie werden das auch bezüglich der Gehaltsfrage tun. Die Wahrscheinlichkeiten waren aber ausschließlich Vertreter des bürgerlichen Vereins. Und diese Leute sollten in gerechter Weise für die kleinen Beamten sorgen? Ein Narr, wer daran glaubt! Daraus ergibt sich für die Beamten das Weitere bei der Wahl.

Noch einmal der „änerst“ kräfte Fall von sozialdemokratischem Terrorismus! Wir berichteten Sonnabend über die Notiz der Reichsverbandslügenpresse, betreffend die Mißhandlung der Eltern zweier Hamburger Schauerleute durch ihre Söhne, und wiegen den Schwindel zurück, den Vorfall mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, zumal die beiden Schauerleute der Sozialdemokratie gar nicht angehören. Geme können wir ergänzend hinzufügen, daß die beiden Leute, wie festgestellt worden ist, auch dem Verband der Hafenarbeiter nicht angehören. Damit fällt der Schwindel der Reichsverbandslügenpresse in allen Teilen zusammen!

Mecklenburgischer Parteitag! Folgende Anträge sind bis jetzt beim Parteivizepräsident Krüger eingegangen:

Kopold: Der Parteibeitrag ist von monatlich 15 auf 20 Pfg. zu erhöhen.

Schwann: Statt des bisherigen einheitlichen Parteibeitrages einen stufenförmig steigenden einzuführen.

Leterow: 1. Der Parteitag für beide Mecklenburg beizubehalten; bei eventuellen Stichwahlen zwischen Konservativen und Liberalen haben sich die Parteigenossen der Stimme zu enthalten.

2. Der Parteibeitrag ist pro Monat von 15 auf 20 Pfg. ab Neujahr 1908 zu erhöhen.

Voizenburg: Der Parteitag wolle erwägen, ob nicht der Gründung einer Lebens- und Feuerversicherung von der Arbeiterschaft näher getreten werden könne.

Zahl Schulgeld! Das für die Schüler der Volksschulen für das 3. Vierteljahr des Schuljahres 1907/1908 (Mikhaelis bis Neujahr) zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom Montag, den 14. bis zum Sonnabend, den 20. Oktober, werktäglich vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr bei der Klasse der Ober- und Unterschulbehörde, Glockengießerstraße Nr. 4, unter Vorlegung der Schulgeldquittungsbücher zu entrichten.

pb. Unterschlagung. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Oberdorf, der sich der Unterschlagung von 25 Mk. zum Nachteil seines Arbeitgebers schuldig gemacht hat. Er wurde mit 2 Ruten Kronsbereuen zu einem Kunden geschickt, kassierte das Geld ein, kehrte aber nicht zurück, sondern fuhr mit dem Gelde nach Reinfeld und verbrauchte es für sich.

pb. Auf freischer Tat ertappt. Am Sonnabend, den 12. d. M., zwischen 7 und 8 Uhr abends, stieg ein Dieb vom Hofe aus durch ein Fenster in eine am Langen Lohberg im Erdgeschloß belegene Wohnung, öffnete die in den Winterzimmern stehenden Behältnisse teils mit den dazu gehörigen Schlüsseln, teils gewaltsam und nahm heraus, was ihm gerade gefiel. Er hatte sich bereits Wäsche und Kleidungsstücke im Gesamtwerte von etwa 200 Mk. zum Mitnehmen zurechtgelegt, als er von der Ehefrau des Wohnungsinhabers überrascht wurde. Diese schlug sofort Alarm, worauf ihr Ehemann und andere Hausgenossen den Eindringling ergreifen und ihn solange festhielten, bis ein herbeigerufener Schutzmann ihn festnehmen konnte. Einige Kleinigkeiten hatte er bereits zu sich geistert. Sie wurden ihm wieder abgenommen.

Stadttheater - Provisorium. Aus der Theaterkasseler schreibt man uns: Ein Vierteljahrhundert ist am morgigen Tage der Theatermeister Joh. Wuß im Dienste des Lübecker Stadttheaters; anlässlich dieses seltenen Festes hat Direktor Hordowski dem Jubilar einen Ehrenabend bewilligt, wobei die melodische Operette „Fatinig“ zur Aufführung gelangt. Möge dem Jubilar, der sich durch Fleiß und seltene Pflichttreue die Achtung aller erworben hat, ein volles Haus beschieden sein. Mittwoch findet keine Vorstellung statt. Für Donnerstag wird die Oper „Die weiße Dame“ von Boieldieu vorbereitet.

Stodsdorf. Eine Volksversammlung, die in eines guten Besuches zu erfreuen hatte, tagte hier gestern im Lokale des Herrn Vaetau. Leider mußte der erste Teil der Tagesordnung, ein Referat der Genossin Baumann aus Hamburg, ausfallen, da die Referentin infolge eines Miß-

verständnisses zu spät erschien. Die Versammlung wird ab in nächster Zeit stattfinden und hoffentlich dann auch einen zahlreichen Besuch der Frauen und Mädchen zeitigen. Der zweite Teil der Tagesordnung: Berichterstattung vom internationalen Kongreß fand durch ein Referat des Genossen Stellung-Lübeck, der ein anschauliches Bild vom Kongreß gab, seine Erledigung. Eine Debatte hierüber fand nicht statt.

r. Schwartau. Arbeiterisiko. Ein folgenschwerer Unglücksfall, bei welchem leider ein blühendes Menschenleben von 28 Jahren vernichtet wurde, ereignete sich am Sonnabend kurz vor 6 Uhr in der hiesigen chemischen Fabrik der Gebrüder Fromm. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, eine alte Schwimmböje durch Erhitzen der Lötlöcher zu lösen. Die in der Böje befindliche Stange muß aber nicht dicht gemeien sein, sodaß die Gase vom Kohlen-sauer Einlaß in den Ballon erhielten, und mit der in demselben befindlichen Luft eine Explosion herbeiführten. Der mit dem Treten der Feldschmiebe beschäftigte Arbeiter Meier aus Jshoe wurde hierbei leider so erheblich verletzt, daß er 14 Minuten später seinen Geist aufgab. Die beiden mit ihm an der Schmiebe beschäftigten Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen im Gesicht davon, doch ist leider zu befürchten, daß beide die Sehkraft des rechten Auges verlieren. — Dieser Unglücksfall hätte sich sehr leicht vermeiden lassen, wenn man die in Betracht kommenden Arbeiter gehört hätte, welche der Ansicht waren, daß die Böje auseinander gemeißelt werden müsse. Während der Siedemeister Schütting der Ansicht war, daß der Vorschlag der Arbeiter nicht ginge, sondern die Lötlöcher durch Erhitzen gelöst werden müßten.

w. Möln. Volksversammlung. Im Anschluß an die hier erfolgte Verbreitung eines Flugblattes „Die Ausmischung des Volkes durch den Kapitalismus“ fand Sonnabendabend im Lokale des Herrn Aug. Borrath eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher auch Frauen zahlreich vertreten waren. Der Referent, Gen. Krüger-Hamburg, verstand es vorzüglich, den Versammelten den Einfluß des Kapitalismus auf die Lebensmittelpreissteigerung vor Augen zu führen und erntete am Schluß seiner trefflichen Ausführungen reichen Beifall. — Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde lebhafteste Klage geführt über die unregelmäßige Zustellung des „Lübecker Volksboten“. Der Genosse Wagner erklärte, daß er an der Bummel unzulässig sei: er hätte die fehlenden Nummern bei der Post reklamiert und sich auch an die Expedition gewandt; er sei aber ohne Antwort geblieben. Genosse Wagner empfahl, von den ausgegebenenzetteln bezüglichen Beitritt zum sozialdemokratischen Verein und Abonnement auf die Presse ausgiebigen Gebrauch zu machen. Wer seine Lage verbessern wolle, müsse sowohl politisch als auch gewerkschaftlich organisiert sein und eine sozialdemokratische Zeitung lesen. Es erfolgten einige Anmeldungen zur Partei. Eine Zellerfassung ergab 870 Mk.

s. Gutin. Die Frau im politischen Leben. Am Sonnabend, den 12. Oktober, hielt Genossin Baumann aus Hamburg im Lokale des Herrn Schröder hierelbst vor einer mächtig besuchten Versammlung ein Referat über: Die Frau im politischen Leben. Rednerin führte in klarer, leicht verständlicher Weise den Aufwachen die Notwendigkeit einer Frauenorganisation vor Augen, indem sie darauf hinwies, wie die arbeitende Frau der brutalen Ausbeutung des Kapitalismus ausgesetzt sei, ohne etwas dagegen tun zu können und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Frau noch nicht in dem Maße organisiert ist wie der Mann. Rednerin verwies ferner auf die indirekten Steuern und den Zollwucher, worunter die Arbeiterklasse am meisten zu leiden hat. Als Beweis dafür wurden Zahlen über die starke Belastung der Lebensmittel mit indirekten Steuern angeführt. Im weiteren wies Rednerin nach, daß in anderen Staaten, z. B. in England eine Arbeiterfamilie bedeutend billiger leben könnte, wie hier in Deutschland. Insbesondere sei es dort der arbeitenden Bevölkerung eher möglich, ein größeres Stück Fleisch zu essen wie hier, weil das Vieh nicht mit Heu so stark belastet sei. Ferner machte Genossin Baumann darauf aufmerksam, daß es den vereinigten bürgerlichen Parteien gelungen ist, uns bei der letzten Reichstagswahl eine Anzahl Mandate zu entreißen, weil sie die sogenannte Partei der Nichtwähler mobil machte und gegen uns ins Feld führte. Um uns aber weitere Verluste beizubringen, suchen sie die Frauen für sich zu gewinnen. Um diesem entgegenzutreten, sei es von der äußersten Notwendigkeit, die Frau zu organisieren. Die Rednerin schloß unter lebhaftem Beifall mit einem warmen Appell an die anwesenden Frauen, sich dem sozialdemokratischen Verein anzuschließen, zumal das Mecklenburgische Vereinsgesetz es den Frauen gestattet, einem politischen Verein anzugehören. 15 Mitglieder wurden für die gute Sache gewonnen. Am uns liegt es nun, das Errungene festzuhalten und die neue Organisation weiter auszubauen. Hoffen wir, daß in aller nächster Zeit die Mitgliederzahl sich verzehnfacht; an Arbeit und Mühe wollen wir es wahrlich nicht fehlen lassen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 12. Oktober.
Vauern = Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei = Butter Pfd. — 1,40 Mk., Hasen 3,50 Mk., Enten 3—3,80 Mk., Säuber 1,60—2 Mk., Rufen 2 Mk., 1,40—1,60 Mk., Tauben Stück 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — 75 Pf., Flügans — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinshopf Pfd. 45—50 Pf., Würst Pfd. 1,30 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pf., Heringe 4 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genügend, Karfzen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schlei Pfd. 1,60—1,80 Mk., Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pf., Aal Pfd. 0,90—1 Mk., Karauischen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Mlumensohl, d. Kopf 0,15—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirichen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Getreidepreise. Lübeck, 12. Oktbr.

Weizen, 115—128 Pfd. holl. 192—215 Mk. Roggen neuer 112—123 Pfd. holl. 175—195 Mk. Hafer nach Qualität neuer 155—171 Mk., alter 200—205 Mk., hochfein über Notiz, Gerste, nach Qualität 160—180 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Wichmarkt 12. Oktober.

Der Schweinehandel verlief etwas lebhafter. Zufgeführt wurden 2194 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Vordenschweine schwere 58—59 Mk., leichte 57 1/2—58 Mk., Sauen 48—53 Mk. und Ferkel 52—56 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Das Jubiläum der Junkerbefreiung.

II.

Die Loslösung der preussischen Bauern von der Erbuntertänigkeit war nicht das Werk einer Revolution, nicht der Ertrag der Bewegung der unterdrückten Klasse selbst, sondern sie war ein Geschenk ihrer Herren, die sich selbst beschenkten. Das, was man Bauernbefreiung nennt, war von Anfang an eine den wirtschaftlichen Umgestaltungen angepaßte Neuregelung der Junkerinteressen.

Man rühmt der preussischen Monarchie nach, daß sie zuerst, am Ende des 18. Jahrhunderts bereits, begonnen hätte, wenigstens ihre Bauern, die Untertanen der Domänen von den Frondiensten zu befreien. Auch dieser Vorgang hat nichts mit sozialer Fürsorge zu tun. Erstens wurden die Domänenbauern nicht einmal völlig befreit, sodann wurden die Maßnahmen unternommen aus dem einfachen Grunde, weil die bedrängte Staatskasse bares Geld brauchte und man darum den Bauern zumutete, sich ihre Freiheit mit hohen Summen abzukaufen. Man machte die Menschenrechte der Bauern zu Gelde, nicht anders, als wie man einen Wald abholzt.

Aus ähnlichen Ursachen hatten schon vor dem Zusammenbruch einzelne ostpreussische Adelsfamilien ihre Bauern befreit. Diese Junker waren in England gewesen — unter englischen Einflüssen stand die ganze Reformbewegung nach Jena — und hatten einen großen Eindruck von dem Reichtum der Landlords gewonnen, die ohne bäuerliche Leibeigenschaft gediehen. Die hohen Getreidepreise, welche namentlich die preussischen Junker unter Ausnützung des Kriegselends durch wucherische Zurückhaltung der Vorräte noch mehr emporzutreiben verstanden, ließen sie den „Bauernschutz“ als lästige Hemmung in der Ausdehnung ihres jetzt höchst rentablen Landbesitzes empfinden. Der befreite Bauer genoß diesen Schutz nicht, er konnte gelegt werden. So befreite man ihn eben von Frondiensten und Land zugleich; denn in der ganzen Reformbewegung bis zur Revolution von 1848 ist kein König, kein Minister, kein Junker jemals auf die Idee verfallen, daß die Bauern ein Recht hätten, nicht nur ohne jede Ablösungsverpflichtung die vollständig widerrechtliche bestialische Erbuntertänigkeit zu kündigen, sondern daß sie auch das historische Recht gehabt hätten, von dem Junker eine Entschädigung dafür zu verlangen, daß ihr Leben und ihre Arbeit Jahrhunderte hindurch gewaltam für den Feudaladel aufgebraucht worden war. Niemand von all den Wohltätern der Menschheit hat jemals auch nur daran gedacht, die verworfenen Junkerprivilegien ohne Entschädigung aufzuheben. Die leiseste Einschränkung eines ritterlich erworbenen Privilegs galt auch den radikalsten Reformern als verbrecherische Expropriation, und so bestand nun das ganze Kunstwerk der Bauernbefreiung in der Expropriation der Bauern selbst.

Auch der verdienstvollste preussische Reformler, Freiherr vom Stein, hat keinen Augenblick an eine Befreiung des ganzen ländlichen Sklavenelends gedacht. Was ihm vorschwebte, war vielmehr wie die Schaffung eines freieren städtischen Bürgertums, so auch die Errichtung eines unabhängigen Großbauernums. Die Absicht war, den zerrütteten Staat auf der Grundlage eines weiteren Kreises von Besitzenden zu sanieren, um das Monopol der kleinen Junkerkaste durch Einführung bürgerlichen Blutes teils zu beschränken, teils aber auch zu verjüngen und lebenskräftiger zu gestalten. Diese Verbürgerlichung des Staatswesens, die Befreiung der ärztlichen ständischen Fesseln, war auch durch das militärische Interesse der Monarchie geboten. Man hatte erkannt, daß mit leibeigenen Schlachttieren, die für nichts zu kämpfen hatten,

kein Krieg mehr zu gewinnen wäre. Daher war man ein Jahr nach der Schlacht bei Jena so weit, um die Aufhebung der Erbuntertänigkeit anzukündigen.

In der Beurteilung der ganzen Reform darf man sich dadurch nicht täuschen lassen, daß einzelne Junker ihr den zähesten Widerstand entgegensetzten. Das waren die borniertesten Krautjunker, die gelegentlich sogar auch eingesperrt werden mußten, weil sie zu heftig gegen ihren König rebellierten. Diese Elemente des platten Junkerlandes, die bis zum heutigen Tage noch nicht ganz ausgestorben sind, fürchteten in jeder Neuerung ihre Entwurzelung. Sie widerstrebten jeder Veränderung, auch wenn sie ihnen nützte. Die Träger jener Entwicklung waren die weiter blickenden Adelige des Westens, die wohl erkannt hatten, daß mit der Verwandlung des gebundenen Gutes und des erbuntertänigen Bauernlandes in freies Eigentum sie selbst sich eine gesicherte und gestärkte Existenz schaffen konnten. Das ganze Interesse, das die Junker an der Bauernreform hatten, vereinigte sich in dem Problem, wie es möglich wäre, zugleich das Land der Bauern in Besitz zu nehmen und die enteigneten Bauern noch zu zwingen, weiter ihre Arbeitskraft den Junkern zu gewähren. Das Land wollten sie haben, weil bei den Hungerpreisen des Getreides jeder Morgen mehr gesteigerten Wohlstand bedeutete. Das Land zu bekommen, unter einem Rechts-titel — die Frage war leicht zu lösen — die Junker verkauften die bisherige Erbuntertänigkeit gegen Landentschädigung; was war natürlicher, als daß der Bauer seine „Freiheit“ bezahlte! Über die Notwendigkeit, die Bauern ersatzpflichtig zu machen für den Entgang der Privilegien, war nirgends ein Zweifel. Schwieriger war die Begründung der anderen Forderung, daß die befreiten Bauern weiter zum Zwangsdienst verpflichtet würden. Noch unmittelbar vor dem Erlaß des 9. Oktober 1807 verlangten die Junker nicht nur, daß der Bauer seinen Besitz für die Freiheit hergebe, sondern auch, daß er die ersten fünf Jahre seiner bezugslosen Freiheit weiter für Frondienste beim Gutsherrn benütze. Selbst der liberale Ministerstaatsmann Theodor von Schön hatte gegen diese Reform nichts einzuwenden. Das äußerste an Schamlosigkeit verhindert zu haben, mag als Verdienst des Freiherrn vom Stein anerkannt werden. Das Edikt vom 9. Oktober enthielt denn diese Bestimmung, wie sie die Junker gewünscht hatten, nicht. Aber es war überhaupt ziemlich inhaltslos. Die wesentliche Bestimmung beruhte nicht in der leeren Ankündigung, daß von Martini 1810 die Erbuntertänigkeit völlig aufgehoben werden solle, sondern vielmehr in der Bestimmung, die schon die Uberschrift andeutete: „Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Privateigentums . . . betreffend“. Das war der Zweck: der Adelige sollte das Recht erhalten, frei Bauerngut zu erwerben, wie andererseits der Bürger hinfort berechtigt wurde, adelige Güter zu kaufen. Das Versprechen der Aufhebung der Erbuntertänigkeit war eine wesentliche Formel insofern, als selbst in diesem Edikt schon, das immer noch das radikalste Schriftstück war, die Aufrechterhaltung „aller Verbindlichkeiten“ betont wurde. Der Bauer sollte frei werden, aber seine widerrechtlichen „Verpflichtungen“ ablösen, indem er dem Gutsherrn einen Teil seines Landes abtrat. Die Aufhebung der Schutzmaßregeln gegen das Bauernlegen, das war schon die Tendenz des Edikts vom 9. Oktober, und diese Tendenz wurde in den Ausführungserlassen der nächsten Jahre so beherrschend, daß überhaupt nichts anderes bei der ganzen Reform herauskam.

Aus der Bauernbefreiung wurde durch die Edikte der nächsten Jahre zunächst eine Bauernregulierung. Nur ein Teil der Bauern, und zwar die größten, deren Land am wertvollsten war, wurden reguliert. Die Massen des

tieftsten Bauernproletariats wurden überhaupt nicht durch die Reform betroffen, sie blieben erbuntertänig. Noch die Revolution von 1848 fand hörige Bauern vor und räumte mit ihnen auf. Im ganzen wurden nur 45 000 Bauern reguliert, von der Erbuntertänigkeit losgelöst. Diese 45 000 Bauern mußten aber für ihre Freiheit ein Drittel bis die Hälfte ihres Landes an die Junker abtreten, sie verloren die Existenzfähigkeit und brachen als freie Gutstagelöhner zusammen. So erreichte das Junkertum alles, was es in jenem frechen Anspruch forderte, der angeblich durch das Edikt vom 9. Oktober vereitelt sein soll: Sie bekamen die besten Stücke Landes, behielten eine genügende Anzahl höriger Bauern und gewannen außerdem aus den enteigneten Bauern freie, durch die Not gezwungene Tagelöhner. Aus diesen Bauerntrümmern gründeten die Junker ihren neuen Riesensitz. Es war eine Wiederholung jenes Raubzuges im 16. Jahrhundert. Den Bauernbesitz, den sie damals mit Gewalt an sich rissen, vermehrten sie jetzt von Rechts wegen im Gewande fürsorglicher Bauernfreunde und sozialer Reformler. Die Landvermehrung traf zusammen mit den hohen Getreidepreisen, durch die ja die ganze Reform erst veranlaßt war, und mit der Vervollkommnung der Agrartechnik. Die tausendjährige Dreifelderwirtschaft, bei der ein Drittel des Landes immer brach lag, wurde beendet, Schaer begann die wissenschaftliche Agrarkultur, und der Herr, der mit gepeitschten Tagelöhnern sein Land bebaut, erreichte eine intensivere Ausnützung des Bodens, als der verdorrte, stumpfsinnige, unfähige Leibeigene sein Stück Land bestellte, dessen Ertrag er doch wieder hergeben mußte. Die Erbuntertänigkeit vergeudete die Bodenschätze, sie war Brachpolitik. Dazu kam die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Schnapsbrennerei, und nach dem Zusammenbruch Napoleons ein blühender Export. So verichwand zugleich mit dem Bauern der hungrige junkerliche Krippenreiter, der in der satirischen Literatur des 18. Jahrhunderts verhöhnt wurde, und der ostelbische Magnat entstand, der auf den Leichen der befreiten Bauern sein agrarpolitisches tausendjähriges Reich begründete. Die Bauernbefreiung wüßte ärger als der dreißigjährige Krieg. Denn nachdem die Befreiung durchgeführt, fand sich, daß nur noch so viel Bauern vorhanden waren, wie nach dem westfälischen Frieden, d. h. in der Zeit des furchtbarsten Bauernmordes.

So ward das Edikt vom 9. Oktober zum Ausgang der Junkerherrschaft, die heute noch Preußen knechtet und auf Deutschland lastet. Auch die Frondienste hat der Junker längst in gigantischer Vergrößerung wieder hergestellt. Nicht nur, daß seine Landarbeiter für ihn fronden müssen, nicht nur, daß sich viele tausende von feudalen Raubnestern, den Gutsbezirken, in unsere Zeit hinein gerettet haben, — auch der von der Scholle getriebene Bauer, der zum Landarbeiter wurde und dann in die Industrie flüchtete, wurde auf dieser Stufe der Entwicklung vom Junker wieder eingeholt und mit neuen Zwangsabgaben niedergeschlagen in der Form von Zöllen, Liebesgaben Sperrern. Ein tragisches Verhängnis hat es schließlich gefügt, daß auch das freie Bauerntum, das sich entfaltete, selbst das süd- und westdeutsche, unter der Einwirkung und Umwandlung des Getreide exportierenden in ein Getreideimportland, von der scheinbaren Interessengemeinschaft aller Landwirte gepackt, seinen Feinrigern Gefolgschaft leidet und die Macht der Kasse schlingt, deren Großräuber die Bauern noch als mißhandeltes Zugvieh benutzten, sie an die Scholle fesselten oder von der Scholle brutal und heimtückisch verjagten.

Ein verlornes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(Fortsetzung.)

„Ein gutes Bett könnt Ihr haben,“ entgegnete der Wirt, „und was die Sicherheit anlangt, so hat noch kein Gast bei mir darüber zu klagen gehabt.“

Er sprach diese Worte nicht ohne Empfindlichkeit. „Ich habe Euch nicht zu nahe treten wollen, warf der Fremde ein. „Ich würde selbst nicht daran erbacht haben, hätte ich nicht von mehr als einer Seite gehört, daß in dieser Gegend jetzt Sachen vorkommen, die einen jeden besorgt machen müssen, der Geld bei sich führt, und mein Geschäft bringt es mit sich, daß ich nicht ohne Geld reise, denn ich bin Roghändler. Ich habe nicht Lust, den Niklas List näher kennen zu lernen.“

„Haha! Ihr habt nicht nötig, Euch vor ihm zu fürchten, denn ich bleibe auch die Nacht über hier!“ fiel Schneller ein. „Mir wär's recht, wenn er nur käme, dann sollte der Nachtwächter auch bald ein Stück Arbeit bekommen.“

„Wer seid Ihr?“ fragte der Fremde. Schneller setzte ihm seine Würde auseinander und da der Fremde durch sein ganzes Wesen ihm Zutrauen einflößte, teilte er ihm auch seinen Plan mit.

„Ihr würdet Euch um das ganze Land verdient machen, wenn Euer Plan gelänge,“ erwiderte der Fremde, der näher an ihn herangerückt war und sowohl für sich als für Schneller ein paar frische Krüge Bier bestellt hatte. „Es ist ein Leiden, daß nicht einmal die Landstraßen mehr sicher sind und daß ein ehrlicher Geschäftsmann, wie ich es bin, in fester Furcht leben muß. Der List soll der Anführer sein und wenn einmal das Haupt fort ist, so hat es mit den Gliedern nicht mehr viel zu sagen; ich befürchte nur, der Mann ist auch nicht auf den Kopf gefallen und wird sich so leicht nicht fangen lassen. Er soll ein schlauer Gesell sein, wie ich gehört habe.“

„Haha! Und wenn Ihr den Christoph Schneller antet, würdet Ihr eingestehen, daß er es mit dem Räuber an Schlaueit aufnehmen kann!“ rief Schneller großprahlend.

Er erzählte dem Fremden nun all seine Soldaten- und Kriegsgeschichten und so furchtbar er auch lag, so fand er dennoch einen aufmerksamen Zuhörer. Das schmeichelte ihm.

Judem ließ der Roghändler auf seine Rechnung einen Krug Bier nach dem andern kommen, das war nach seinem Sinn — der Mann gefiel ihm.

Es war spät am Abend geworden. Endlich erhob sich Schneller, um sich in den Keller auf seinen Wachtposten zu begeben. Wohl mannte seine lange Gestalt ein wenig, seine Wangen waren gerötet, sein Mut gewachsen.

„Diese Nacht sollte er kommen,“ rief er. „Haha! Ich müßt Euch morgen früh den Vogel gern an Händen und Füßen gebunden zeigen können, und ich sage Euch, was der Schneller bindet, das zappelt nicht mehr.“

„Nun er kommt vielleicht,“ erwiderte der Fremde lächelnd. „Eist müßt Ihr aber noch einen Nachtrunk mit mir nehmen.“

Schneller weigerte sich, weil er die Stufen der Kellertreppe fürchte und in den Augen des Fremden nichts an Respekt einblühen mochte.

„Ich tu's nicht anders,“ fuhr der Roghändler fort. „Ihr habt mir den Abend hin erzählt, daß ich selbst nicht weiß, wo er geblieben ist. Wirt, noch einen Krug — wir trinken ihn zusammen — wer weiß, ob wir uns in diesem Leben noch einmal wiedertreffen!“

Der Wirt brachte den Krug mit Bier. „So, ich trink Euch zu und Ihr dürft mir das Nachtrinken nicht abschlagen,“ rief er. „Ich muß sonst wahrhaftig glauben, ein alter Soldat, wie Ihr seid, habe noch nicht trinken gelernt.“

Er tat einen tüchtigen Zug aus dem Krüge, ehe er ihn indes Schneller reichete, ließ er schnell unbemerkt den Inhalt eines kleinen Gläschchens hineintropfen.

„Haha! Trinken — Trinken habe ich gelernt!“ rief Schneller. „Ich nehm's — nehm's mit einem jeden auf,“ und halb trinken wie er bereits war, stürzte er den Inhalt des Kruges mit einem Zuge hinunter.

„So — nun — nun in den Keller,“ fügte er lallend hinzu, indem er seine Büchse aus der Ecke nahm und die Pistolen von der Wand, wo er sie aufgehängt hatte. Es wurde ihm schwer. Raunt, daß er noch die Stubenart zu finden vermochte.

„Richtet nur kein Unheil damit an!“ rief ihm der Wirt lachend zu.

„Unheil — Unheil!“ wiederholte Schneller, indem er den Züpfosten erfaßte und sich glücklich hinaus schob — „ich

bin Soldat gewesen — Soldat. Davon versteht Ihr Bier-ratte nichts — Soldat!“

„Und vergeßt das Klingeln nicht, wenn der List kommt!“ rief ihm der Wirt noch nach.

Schneller kehrte noch einmal zur Tür zurück. Er hielt sich mit Mühe aufrecht. Seine Augen blickten starr, seine Zunge war schwer.

„Ich — ich klingle!“ lallte er und balanzierte sich dann zur Kellertreppe und glücklich in den Keller, während der Wirt ihm leuchtete.

Der Fremde wartete im Gastzimmer. „Der schläft bis morgen früh,“ rief der Wirt lachend, als er zurückkehrte. Dann leuchtete er den Fremden auf seine Kammer.

Es war längst still geworden in der Schenke, Mitternacht war lange vorüber, als der Wirt durch lautes, heftiges Klingeln aus dem Schlafe aufgeschreckt wurde. Er fuhr aus dem Bette empor. Nur von Schneller konnte das Klingeln kommen — so war dennoch sein Plan gelungen. Er gehörte nicht zu den furchtsamen Naturen, trotzdem schlug ihm das Herz schneller. Er horchte, ob er kein Geräusch aus dem Keller vernahm — es war alles still. Galtig weckte er den Knecht. Sie nahmen sich kaum Zeit zum Ankleiden, nur nach den Waffen griffen sie, nach einer Art und einer alten Büchse. So stiegen sie zagend zum Keller hinab.

Auch vor der Tür vernahmen sie noch nicht das geringste Geräusch. Sollte Schneller den Räuber schon überwand und gefesselt haben! Ill ihren Mut zusammenfassend, öffneten sie die Tür. Sie ließen den Lichtschimmer hinein fallen, ehe sie ihn betraten. Sie bemerkten niemand in dem Keller. Zagend traten sie ein — halt dort in der Wand war eine Öffnung. Die Mauer war durchbrochen. Wo war Schneller? Der Wirt rief seinen Namen, erhielt indes keine Antwort. Sie traten an den Verischlag — sie leuchteten hinein und erschreckt führen beide zurück. Der Gerichtsdienner lag dort, an die Wand gelehnt, den Kopf auf die Brust geneigt, — aber in welchem Zustande: Sein Gesicht war geschwärtzt, die Hälfte seines Bartes und seines Haars war abgeschnitten, der Rock und das Hemd, selbst das Hemd waren ihm ausgezogen — die lange dürre Gestalt — ein entsetzliches Bild.

„Er ist tot — er ist erwordet!“ rief der Knecht.

Ein lautes, schnarchendes Atemholen des Nachenden bewies das Gegenteil.

festgestellt wurde, wer dieser Mann sei. Der gestern freige-
sprochene Korbmacher Ernst Fischer, geboren am 2. August
1865 zu Oberdorf bei Sonnefeld, wurde am 30. Dezember
1885 wegen Körperverletzung und Angriffs auf einen Be-
amten in Ausübung seines Amtes mit zwei Monaten, im
Jahre 1890 wegen Messerstecherei zu einem Jahre Gefängnis,
später wegen Betruges bestraft. Erinnerung ist noch der
Brief an seinen Schwager, der an die heute verhandelte Ge-
pressungsanklage erinnert. Der Schwager hatte
ihm Geld geborgt, als er die Rückzahlung ver-
langte, erhielt er als Antwort einen Brief, in dem es
lautete: „Weißt Du Lump noch, daß Du mir armen Menschen
vor dem Palais des Kaisers senden wolltest, um dort eine
Dynamitbombe zu werfen, mir armen Menschen wolltest Du
zum Werkzeug Deiner anarchistischen Pläne benutzen. In
Brandenburg a. d. H. hast Du Lump Deine Wohnung zu
geherrichten sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben,
Dich, Lump, bringe ich auf das Zuchthaus.“ Späterhin
schickte der Korbmacher Ernst Fischer seinem Schwager einen
Brief, der Absendung von Geld unter Drohung mit einer
Betrugsanzeige verlangte und dem eine nicht echte Fessions-
urkunde beilag. All das ist in den Reichstagsverhandlungen
vom 13., 15. und 16. Dezember 1897 öffentlich festgestellt,
trotzdem ist auch bei der letzten Wahl vom Reichstagsver-
band und den ihm Nahestehenden das Lügengemischel ver-
breitet, dessen Inhalt von Leuten hergestellt ist, deren
Charakter wir bei dieser Gelegenheit wieder in Erinnerung
rufen wollen. Erwähnenswert ist, daß der Korbmacher
Fischer während der Verbüßung seiner Strafen eine Reihe
von Vergünstigungen erhielt, die selbst wegen politischen
Vergehens Verurteilten nicht zu teil zu werden pflegt, und
daß der Arm der preussischen Gerechtigkeit bislang den nach
Mafsen verdunsteten ehemaligen Sekretär der freisofor-
nativen Partei und Redakteur der „Post“ noch nicht hat
erreichen können.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 14. Oktober.
Achtung Maschinenisten! Die Maschinenisten der Hamburg-
Altonaer Fischdampfer sind in eine Lohnbewegung einge-
treten. Die Forderungen, die dieselben durch ihre Organi-
sation (Zentralverband der Maschinenisten, Heizer und Berufs-
genossen) an die vereinigten Fischdampferreedereien eingereicht
haben, sind kurz folgende: Die Feuer beträgt für erste
Maschinenisten auf Islanddampfern 200 Mk., für zweite
Maschinenisten auf Islanddampfern 180 Mk., für erste
Maschinenisten auf Nord- und Niseedampfern 180 Mk., für
zweite Maschinenisten auf Nord- und Niseedampfern 125 Mk.
Außerdem wird die Anstellung eines zweiten Heizers ge-
fordert, sowie Regelung des Arbeitsnachweises. Wir
ersuchen nun die übrige Arbeiterschaft, uns in diesen Kämpfe
dadurch zu unterstützen, daß sie den Zug von Maschinenisten
nach Hamburg-Altona fernhalten sucht und insbesondere
ein wachsameres Auge auf die ihr eventuell bekannten Streit-
brecheragenten zu werfen.

Handelsregister. Am 12. Oktober 1907 ist eingetragen:
1. bei der Firma Haasenstien u. Vogler, Aktiengesell-
schaft, Berlin, Zweigniederlassung in Lübeck: Durch Beschluß
der Generalversammlung vom 29. Juni 1907 sind die §§ 20
(betr. Wechsel der Aufsichtsratsmitglieder) und 22 (betr. Wahl
des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters) des
Gesellschaftsvertrages abgeändert; 2. bei der Firma Franz
Kühn in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Aktien-
gesellschaft für Cartonagenindustrie in Lohschütz, Zweig-
niederlassung unter der Firma Fr. Ewers u. Co. (In-
haberin Aktiengesellschaft für Cartonagenindustrie) in
Lübeck: Dem G. A. H. Hoffchild in Lübeck ist dergestalt Pro-
kura erteilt worden, daß er nur in Gemeinschaft mit einem
Vorstandsmitglied der Gesellschaft oder mit einem anderen
Prokuristen der hiesigen Zweigniederlassung diese zeichnen
und vertreten darf; 4. bei der Firma Werner Bauer in
Lübeck: Die Firma ist erloschen; 5. bei der Firma W. M.
in Lübeck: Dem Th. H. Stoss und Chr. Beguhl,
beide in Lübeck, ist Gesamtprokura erteilt; 6. bei der Firma
Karl Polik in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 7. die
Firma Peringsimport-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung in Lübeck. Der Gesellschaftsvertrag ist am
27. September 1907 festgestellt. Gegenstand des Unter-
nehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf von Peringen
im Auslande, insbesondere in Schweden, und die gemein-
schaftliche Einfuhr der gekauften Fänge in das Inland. Das
Stammkapital beträgt 20.000 Mark. Die drei Gesellschafter
bringen die ihnen gemeinschaftlich gehörigen Inventarien,
Bräuerbauten und Vorräte an Kisten, Salz und sonstigen
Materialien zur Verpackung von Peringen, welche in Kalf-
sund, Hjertön und Gullholmen (Schweden) auf Namen
von Peinar. Ihre Nachf. eingelagert sind, auf ihre Stam-
einlagen in die Gesellschaft ein. Der Gewinn dieser Ein-
lagen ist auf 20.000 Mark festgesetzt. Die Anteile der ein-
zelnen Gesellschafter an ihnen betragen: a. für die offene
Handelsgesellschaft in Firma A. Schumacher in Lübeck 1/3,
b. für die Firma Paul Vohrmann in Lübeck 1/3, c. für die
offene Handelsgesellschaft Peinar. Ihre Nachf. in Lübeck 1/3.
Der Kaufmann Franz Nagel in Lübeck ist Geschäftsführer
und der Kaufmann Johannes Schulz in Lübeck stellvertre-
nder Geschäftsführer der Gesellschaft. Der Geschäftsführer
und der stellvertretende Geschäftsführer sind jeder allein be-
rechtigt, die Gesellschaft zu vertreten.

Güterrechtsregister. Am 12. Oktober 1907 ist bezüglich
der Ehe des Tapeziers E. J. Popp und seiner Ehefrau
A. M. geborenen Otto in Lübeck eingetragen: Die Ehe-
leute haben durch Ehevertrag vom 30. September 1907 die
Verwaltung und Nutzung des Mannes an dem Ver-
mögen der Ehefrau ausgegliedert.

Wie gerne möchte man „beweisen“, daß der Arbeiter
keinen Grund hat, mit seiner Lage unzufrieden zu sein. In
diesem Orange ist man schon auf eine ganze Reihe der
lächerlichsten Argumentationen gekommen, die alles andere,
nur nicht bei dem Arbeiter das Bewußtsein hervorzurufen, daß
es ihm erträglich geht. Zu diesen „beweiskräftigen“ Argu-
mentationen gehört auch die mit großem Behagen immer
wieder ins Feld geführte Spartassentatistik. Ein hiesiges
bürgerliches Blatt bringt auch so einen Auszug aus einer
solchen Statistik, die für 56 Städte mit 86 Spartassen auf-
gestellt ist und nach der hinsichtlich der Zahl der Spar-
tassenbücher und der Sparbeiträge die Stadt Bremen
mit an der Spitze marschiert. Hinsichtlich der Zahl der Spar-
tassenbücher waren auf 100 Einwohner berechnet Spartassen-
bücher in Bremen 83, Zwickau 88, Reg. 84, Plauen 73,
Frankfurt a. O. 68, Magdeburg 68, Dresden 64, Götting 63,
Hildesheim 59, Kiel 58, Lübeck 57, Chemnitz 56, Königs-
berg 54, Leipzig 52. Das ist nun keineswegs ein Beweis,
daß die Arbeiter in besonders großer Zahl Spartassen-
bücher besitzen. In Wirklichkeit beweisen solche Auf-
stellungen nur, daß unsere Besitzenden sich viele Spar-
tassenbücher anlegen lassen, weil sie bei Büchern mit
nicht über tausend Mark Einlage von der Spar-
kasse einen höheren Zinssatz erhalten. Durch die
Statistik aber wird der Schein erweckt, als hätten
nur 15 Prozent der Einwohner kein Spartassenbuch.
Ein ebensowenig stichhaltiger Beweis der Wohl-
habenheit der arbeitenden Bevölkerung ist die Anführung

des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Sparbeitrages.
Wir bezweifeln durchaus nicht die Richtigkeit, daß auf den
Kopf der Bevölkerung in Altona 680 Mk., Bremen 498 Mk.,
Hannover 420 Mk., Mainz 418 Mk., Freiburg 376 Mk.,
Magdeburg 368 Mk., Frankfurt a. O. 362 Mk., Plauen 360
Mk., Kiel 349 Mk., Bochum 324 Mk., Darmstadt 316 Mk.,
Zwickau 316 Mk., Frankfurt a. M. 314 Mk. Spargelder ent-
fallen. Aber diese Summen beweisen, daß die besthenden
Klassen ganz enorme Beiträge auf den Spartassen hinter-
legen. So interessant solche Aufmachungen für alle die,
die etwas haben, sein mögen, so wenig sind sie ein Beweis für
die Wohlhabenheit der großen Masse des arbeitenden
Volkes.

St. Gertrud-Bücherhalle. Da es trotz des herrlichen
Wetters jetzt Zeit wird, an den nahenden Winter zu denken,
in dem es seltener als im Sommer an Zeit und Lust zum
Lesen fehlt, wird die St. Gertrud-Bücherhalle, Marlißtr. 59,
jetzt wieder dreimal die Woche geöffnet sein. Außer Mitt-
wochs und Sonnabends von 6-7 Uhr abends auch Mont-
tags von 12-1 Uhr mittags. Hauptsächlich gehen weiter reiche
Geschenke ein — zumal bei Unzügen finden sich ja so häufig
Bücher, die aus Platzmangel oder sonstigen Gründen gern
abgegeben werden, besonders wenn es sich um einen so
wohlthätigen Zweck handelt — so daß auch die fleißigsten
unter den Lesern doch immer wieder neues in der Bücherlei
finden. Die Bücher werden gern abgeholt, es bedarf nur
einer kurzen Mitteilung an Fr. W. Köfing, Israelsdorfer
Allee 18.

Größere Seuche. Nachdem die Schweinepest unter
dem Schweinebestande der städtischen Schweinemastanstalt
erloschen ist, sind die angeordneten Sperrmaßregeln aufge-
hoben worden.

Schönberg. Die Hausbesitzer und der Klin-
gelbeutel. Am Mittwoch fand vor dem hiesigen Amts-
gericht der erste Verhandlungstermin in dem „Klingelbeutel-
prozeß“ statt. Mehrfach weigern sich Hausbesitzer der Stadt,
den Klingelbeutel zwei Jahre lang in der Kirche an Sonn-
und Festtagen zu tragen oder die Ablosungssumme von
8 Mk. zu zahlen, wie es die Kirche von jedem Einwohner
verlangt, der ein Haus erworben hat. Deswegen hatte der
Prokurator des Großherzogl. Konsistoriums, Hofrat Lazarus
in Neustrelitz, Klage beim hiesigen Amtsgericht erhoben. Die
Kirche stützt ihren Anspruch auf das seit Jahrhunderten be-
stehende „Gewohnheitsrecht“. Die Beklagten machten durch
ihren Vertreter Rechtsanwalt Dr. Ladendorf hier die Ein-
rede der Unzuständigkeit geltend, da in Streitfragen wegen
öffentlicher Abgaben das Landgericht in Neustrelitz zuständig
sei. Außerdem bestritten sie das gewohnheitsrechtlich er-
worbene Recht der Kirche. Der Termin zur Verkündung
der Entscheidung wurde auf acht Tage ausgesetzt. — Daß
jeder, der hier ein Haus kauft, verpflichtet ist — mit einem
„Klingelbeutel“ zwei Jahre lang Sonntags und Festtags in
der Kirche herumzulaufen, ist jedenfalls ein drolliges „Ge-
wohnheitsrecht“.

Hamburg. Bewegung unter den Holz-
arbeitern. Im Gewerkschaftshaus fand eine Versam-
lung aller Sektionen statt, in der mit großer Mehrheit
folgender Antrag angenommen wurde: „Die am 10. Oktober
im Gewerkschaftshaus von über 2000 Kollegen besuchte Ver-
sammlung der Zahlstelle Hamburg des Deutschen Holz-
arbeiterverbandes beschließt angesichts der im kommenden
Jahre in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Kräfte die Er-
hebung eines Gesamtbeitrages von 1 Mk. pro Woche ab
1. Oktober 1907 bis auf weiteres.“ — Schwere Brand-
wunden erlitt in der elterlichen Wohnung, Sonnenstr. 82,
Keller, die siebenjährige Elise Kaiser. Ihre größere und kleinere
Schwester waren zum Spielen auf die Straße gegangen
und hatten sich dort erkört. Auf das Weinen des
jüngsten Kindes eilte die Mutter, die mit Kaffeetocher beschäftigt
war, hinaus, um nachzusehen, was draußen geschehen war.
Raum hatte sie die Straße betreten, da ertönte aus der Küche
ein lautes Geschrei. Eiligst lief die Mutter zurück. Die
kleine Elise kam ihr bereits entgegengelassen; sie stand in
hellen Flammen. Das Kind hatte in der kurzen Abwesenheit
der Mutter sich mit einem nassen Tuche, das es im Hand-
stein gewaschen hatte, dem zum Kaffeetocher bestimmten
Feuer genähert, um es zu trocknen. Dabei fing sein Kleid
Feuer, das bald hell aufblühte. Nur durch Überwerfen von
Decken und Kleidungsstücken gelang es der Mutter, das
Feuer in wenigen Augenblicken zu löschen. Die Kleine erlitt
schwere Brandwunden am ganzen Oberkörper und mußte ins
Krankenhaus befördert werden.

Jachow. Schwere Verfehlungen eines Leh-
rers. Die Jachow Strafkammer verhandelte unter Aus-
schluß der Öffentlichkeit gegen den Untersuchungsgefangenen
Lehrer Paul Friedrich Ziegler aus Krenperhade wegen
schwerer Sittlichkeitsdelikte. Der Ange-
klagte, welcher bis zum Spätkommer dieses Jahres als zwei-
ter Lehrer in Krenperhade tätig war, stand unter der An-
klage, in elf Fällen mit ihm als Schülerinnen anvertrauten
noch nicht 14 Jahre alten Mädchen unzüchtige Handlungen
vorgenommen zu haben, und zwar mit einigen derselben
verschiedene Male. Das Gericht verurteilte den in vollem
Umfange geständigen Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe
von drei Jahren.

Döbenburg. Ausgemiesen. Die Behörde hat 100
Galgier aus dem Bezirke Rüttingen bei Wilhelmshaven
als lästige Ausländer ausgewiesen.

Aus dem Gerichtssaal.

Nachspiele zum Peters-Prozeß. Während des Prozesses,
den Dr. Peters gegen die „Münchener Post“ angestrengt
hatte, hat unser Parteiblatt dem Verteidiger Dr. Peters,
Rechtsanwalt Dr. Rosenthal, den Vorwurf gemacht, er
habe seinem Klienten aus einem Ghescheidungspro-
zeß, in dem ein Sachverständiger im Prozesse Peters ver-
widert war, Mitteilungen gemacht. Dr. Rosenthal klagte
deswegen gegen den verantwortlichen Redakteur der „Mün-
chener Post“ wegen Verleumdung. In der Verhandlung vor dem
Münchener Schöffengericht am 10. Okt. kam ein Vergleich
dahin zu stande, daß die „Münchener Post“ den Vorwurf
zurücknimmt und sämtliche Kosten trägt. — Eine zweite
Klage, die infolge des Peters-Prozesses gestellt worden war,
wurde an demselben Tage ebenfalls vor dem Münchener
Amtsgericht verhandelt. Dr. Peters hatte gegen den
Major a. D. v. Donat wegen der Verleumdungen, die er
als Zeuge im Münchener Peters-Prozeß ausgesprochen hatte,
eine Klage angestrengt. Dr. Peters war nicht erschienen,
Donat verteidigte sich selbst. Der Vorsitzende, Oberlandes-
gerichtsrat Meyer, verliest die Verleumdungsklage, wonach
Donat als Zeuge bei dem großen Prozesse Peters für nicht
satisfaktionsfähig erklärt und ihn als Verbrecher und
Mörder bezeichnet. Der Verteidiger Rosenthal for-
dert eine empfindliche Strafe, deren Vermessung er dem Ge-
richt überläßt. Major v. Donat verteidigt sich, wie wir
einem Bericht der „Allg. Ztg.“ entnehmen, in biederreicher,
bisweilen überaus drastischer Sprache keineswegs ungeschickt.
Er sei sich keine Vergehens bewußt, da er das getan habe,
was er nach Pflicht und Ehre tun mußte. Es sei durch die
Angriffe von gegnerlicher Seite, besonders durch den Do-
nat, das Verbrechen, daß er jetzt bestraft werde. Auch in
der letzten Klagephase tauchte wieder das schone Wort
„Ehre“ auf. Rechtsanwalt Rosenthal bestritt, daß wegen

Majors Anzeigenerklätter worden sei. Bei der Erörterung
des diesen Punkt ergibt sich, daß der Staatsanwalt
aus Kostenthals Anzeigenerklätter wegen Verleumdung Anlaß nahm,
auch die Verleumdungsklage zu unteruchen. Unter dem 28. August
erging Beschluß dahin, Donat habe die Verleumdungsklage
weder wissentlich noch fahrlässig verübt. Auch wurde die
Verleumdungsklage nicht von Amts wegen erhoben,
weil kein öffentliches Interesse misspielend von
Donats Verleumdung läuft darauf hinaus, daß er die in
dem früheren Prozesse gefallenen Auf-
stellungen aufrecht erhält und daß er den Wahr-
heitsbeweis zu erbringen versucht. Zu besonders scharfen
Rebendungen Donats bemerkt der Vorsitzende beschönigend,
daß er der temperamentvollen Eigenart des Majors Nach-
sicht trage. Verleumdiger Kostenthal sucht Donat als
Mann hinzustellen, der sich der Tragweite seiner Auf-
stellungen nicht bewußt sei. Major Donat bestritt, daß irgend
ein deutsches Offizierskorps Peters nach den Disziplinär-
urteilen und nach dem großen Prozesse für satisfaktionsfähig
erklären würde, hatte aber keine Zeugen hierfür benannt. Donat
wurde, wie schon berichtet, zu einer Geldstrafe von 50 Mk.
und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Donat habe seinen
Zeugenaussagen persönliche Ansichten beleidigender Art hin-
zugefügt, der Wahrheitsbeweis für die Be-
zeigungen der als Zuchthäuser und Mörder
sei nicht erbracht. Das Strafmaß wäre milder,
weil Donat aus Unberührung gehandelt habe.

Der Gau-Prozeß gelangte am Sonnabend vor dem
Reichsgericht als Revisionsinstanz zur Verhandlung. Die
Revision stützt sich auf falsche Fragestellung an die Geschwore-
nen. Der Rechtsanwalt beantragte die Verweisung der
Revision. Die Entscheidung fällt am Dienstag mittags 1 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Auf der Flucht vor der Ferienkolonie. Der Kranken-
wärter Gießer aus Berlin, der für das 136. Infanterie-
Regiment Straßburg ausgehoben war, wollte sich dem Mil-
tärdienst durch die Flucht ins Ausland entziehen. Auf der
Fahrt nach Budapest schnitt er sich die Pulsadern auf. Er
ist in das Garnisonlazarett zu Gleiwitz gebracht worden.

Vom Eisenbahnzug getötet. Amlich wird aus Ber-
lin gemeldet: Sonnabend vormittag um 10 1/2 Uhr wurde
auf der Stadtbahn zwischen dem Zoologischen Garten und
dem Savigny-Platz der Hilfsbahnwärter Sommer der
12. Bahnmeisterei, wohnhaft in Charlottenburg, als er beim
Revidieren des Gleises in der Richtung Savigny-Platz —
Zoologischer Garten dem ihm vom Savigny-Platz entgegen-
kommenden Stadtbahnzuge auswich, aber nicht weit genug
nach dem Ferngleis zurücktrat, von der Maschine des Zuges
angestoßen und zur Seite geworfen, wobei ihm die Schädel-
decke zertrümmert wurde. Da Sommer noch Lebenszeichen
von sich gab, wurde er mittels Krankenträger der Unfall-
station Zoologischer Garten zugeführt. Hier konnte jedoch
nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt
werden.

Ein eigenartiges Schulzeugnis wurde dieser Tage der
Dortmunder „Arbeiterzeitung“ aus Lütgendorfmünde
vorgelegt. Nach Aufzählung der einzelnen Zensuren ist in
dem Zeugnis unter Bemerkungen folgende Eintragung ge-
macht: „N. N. steht in dem dringenden Verdacht,
einer Mitschülerin eine Mark entwendet zu
haben.“ Kraft ihres Amtes haben das Zeugnis der Rektor
Dinderhoff und der Lehrer Schmidt unterschrieben. — Jeder
einfichtige Pädagoge wird zugeben, daß eine solche Be-
merkung auf einem Zeugnis unter allen Umständen eine Un-
gehörigkeit ist.

Weitere Unterschlagungen in Oberhausen. Bei den
Feststellungen, betreffend die Unterschlagungen des verhaf-
teten Stadtreinmeisters Kumpff in Oberhausen bei Essen,
wurden auch Verrechnungen des früheren Kassas-
stenten, des jetzt in Koblenz wohnhaften Kaufmannes
Sommer in Höhe von etwa 1200 Mk. entdeckt. Sommer
wurde verhaftet.

30 Typhusfälle werden aus Belken bei Berlin mit-
geteilt. Neun Erkrankte wurden in Berliner Kranken-
häusern untergebracht. Der Ursprung der Epidemie wurde
von dem Kreisarzt auf einen vor etwa vier Wochen aufge-
tretenen Einzelfall zurückgeführt. Es steht fest, daß die Ver-
breitung durch zwei Badewaren-Austrägerinnen erfolgte.

Genickstarre. In Homburg sind nach einer Mel-
dung aus Essen elf neue Erkrankungen an Genickstarre
festgestellt worden.

Schon wieder ein „Verdächtiger.“ Ein in Silen-
burg wegen Betteles verhafteter Landstreicher ist dem
Eilenburger Nachrichtenblatt zufolge verdächtig, den Eisen-
bahnrevolver bei Straußberg verübt zu haben. Es ist ein
21jähriger Mann namens Gustav Becker, der in Rieddorf
gebürtig ist. Er verweigert jede Auskunft über seinen Auf-
enthalt in der Zeit, in der das Verbrechen verübt wurde. Je-
ner hat er sich durch einen Fluchtversuch, der jedoch vereitelt
wurde, verdächtig gemacht. Becker ist wiederholt wegen Dieb-
stahls und Landstreichens vorbestraft. Er hat auch schon
einige Zeit im Zuchthaus zugebracht.

8 Personen ertrunken. Bei Kienitz in Krain er-
tranken im Hochwasser acht Menschen, die in einem
Wagen fuhren.

Notwehr. In der Nähe des Dorfes Suttgen im
Lothringen wurde der wilde rde Wirt Kremer aus Rül-
gen von dem dortigen Förster auf dem Anstand ertappt und
als er das Gewehr auf den Beamten richtete, von diesem in
der Notwehr erschossen.

Die verbrecherische Bürgermeisterei. Der von
der verbrecherischen Tat der Tochter des verstorbenen Bürger-
meisters von Brand bei Freiberg, Heier, hörte die Be-
kanntlich nach wohl vorbereiteter Pläne ihren Verlobten
faltlos ermordete, der wie wir hier diese Mordtat
nur als ein entmenschetes, brutales Verbrechen denken können.
Aber eben, weil die 23 Jahre alte Mörderin alles andere
war für die, die sie kannten, als ein brutales Weib, kam
Brand selbst die Tat niemand fassen. Niemand hätte
hübsche Mädchen, das fast täglich im hochfarbenen, hübschen
Seidentkleid, einen großen Fernrohrer als Begleiter,
träumerisch die Felder durchstreifte, eines Mordes für fähig
gehalten, obwohl ihr schon seit längerer Zeit so mancher
nachgesehen wurde. Jetzt aber ist sich in Brand, jedermann
darüber klar, daß das junge Mädchen das willkürlichste
Werkzeug ihrer Mutter und des ebenfalls im Frei-
berger Landgerichtsgefängnis befindlichen Kaufmann
Merkel aus Dresden war. Es ist ein eigenartiges
Fall, das hier fast mit einem Schlag alle Verwandten
Familie vernichtet, die aus Keinen Verhältnissen
auf die Höhe gesellschaftlicher Position, wenn auch
einer kleinen Stadt, gelangte. Der Mord verlor
der Mörderin war früher Hauptmann. Er trat
zum Steiger, wurde dann Verwalter der hiesigen
Kasse in Brand und später hiesig für den
Mörderin auf den Bürgermeisterei der hiesigen
als er vor einigen Wochen durch unterzeichneten
ihren Vertreter und Beamten, ihm und mit
diesem öffentlich nachzugehen. Nach seinem Tode
des Reichsgerichts überführt. Er der früher
hiesig ein Vermögen von 60.000 Mk. in
sich war ungenügend erkrankt, daß er die

armen Schusters war, ließ nichts unversucht, um zu Ver-
mögen zu gelangen. Unter ihrem unseligen Einfluß wurde
die Tochter zunächst zur Erbschleicherin. In Freiburg lebte
ein vermögendes alter Herr, der Armenhausverwalter
Krauer. Diesen pflegte Mutter und Tochter, und als er
starb, entdeckte man ein von der Grete Veier ge-
schriebenes Testament, was zur Verhaftung der Täterin
führte. Bald darauf wurden auch der Kaufmann Merker
und die Mutter als Mitschuldige verhaftet. Die Ent-
deckung dieser Fälschung brachte den Stein ins Rollen. Die
Grete Veier verheiratete, obwohl sie mit dem Obergerichter
Bretler in Chemnitz verlobt war, sehr intim mit dem
Kaufmann Merker, einem Pastorensohne, der, nachdem er in
einem Freiburger Geschäft 2000 Mk. unterschlagen, bei einer
Brandersfirma Stellung erhielt. Die Folge des Verkehrs
waren, wie sich jetzt herausstellte, zwei Fehlgeburten der
Grete Veier, die durch verbrecherische Eingriffe herbeigeführt
wurden und bis vor kurzem unbekannt geblieben sind. Die
Mutter begünstigte den Verkehr ihrer mit dem Obergerichter
Bretler von Chemnitz verlobten Tochter mit Merker und so
liegt die Annahme nahe, daß beide im Einverständnis mit
der Tochter den Plan faßten, den vermögenden Bräu-
tigam aus der Welt zu schaffen. Auf welche teu-
flische Weise der Plan ausgeführt wurde, ist schon berichtet
worden. Während man aber erst annahm, daß die Grete
Veier ihren Verlobten ermordete, um sich in den Besitz der
10.000 Mk. und der Möbel zu setzen, die ihr Freizügler schon
während des Brautstandes testamentarisch vermacht hatte,
hat man jetzt Anhaltspunkte dafür gefunden, daß
auch dieses Testament gefälscht worden ist,
daß die Veier das Testament, nachdem sie ihren
Bräutigam ermordet, selbst unter dessen hinterlassene Papiere
gelegt hat. So ist unter dem Einfluß geldgieriger Menschen
das junge Mädchen zur Mörderin geworden. Sie hat ihre
Tat vor dem Untersuchungsrichter bereits einge-
standen, und zwar in Gegenwart des Bruders und der
Wirtin des Ermordeten. Interessant ist die Art, wie man
den Mord an dem im Chemnitzer Krematorium einge-
schlossenen Obergerichter auf die Spur kam. Grete Veier
stand mit ihrer Mutter noch infolge aus dem Untersuchungs-
gefängnis heraus in Verkehr, als ihr dicke Bände um-
schickte. Durch einen Bleistift, der in einem Garmental ge-
funden wurde, und ein in ein Jackett eingeklebtes Papier
aufmerksam gemacht, beobachtete der Untersuchungsrichter
die aus- und eingehenden Kästchen und gewann im Verein
mit einer erfolgreichen Hausdurchsuchung hierdurch so schwer be-
haltendes Material, daß der Mörderin nur ein oberes Ge-
ständnis übrig blieb. — Das „Chemnitzer Tageblatt“

meldet weiter aus Freiberg: In Brand
wurde die 62 Jahre alte Bezirkshebamme Kunze
unter dem Verdacht verhaftet, der wegen Mordes und
anderer Straftaten in Untersuchungshaft befindlichen Tochter
des verstorbenen Bürgermeisters Veier Beihilfe zum Ver-
brechen gegen das keimende Leben geleistet zu haben.
Wellmanns Dampfer „Freithof“ gescheitert. Bei dem
Schiffunglück an der isländischen Küste, wo, wie wir berich-
teten, ein norwegischer Dampfer „Freithof“ mit fast der
ganzen Besatzung untergegangen ist, handelt es sich, wie
nunmehr feststeht, tatsächlich um den Wellmanns Dampfer
dieses Namens, der erst vor kurzem den Amerikaner nach
dem Wählungen seines Kapitlans nach Norwegen zurückgeführt
hatte. Die Katastrophe des „Freithof“ bei Island ereignete
um so tragischer, als er bestimmt war, dem Touristenschiff
„Laura“, das mit einer Jagdexpedition nach dem Norden ge-
gangen war und über dessen langes Ausbleiben Besorgnisse
herrschten, Hilfe zu bringen. Während die „Laura“ in-
zwischen wohlbehalten in Tromsø eingetroffen ist, hat die
Besatzung des „Freithof“ bei Island ihren Tod in den
Wellen gefunden. Über die Katastrophe kommt folgende Mel-
dung aus Hamarfe: Nach einer hier über Christiania
aus Island eingelaufenen Depesche ist der Dampfer
„Freithof“ am 5. d. M. 10 Uhr abends bei Island ge-
scheitert. 15 Mann von der Besatzung ertranken, nur der
Maschinenmeister wurde auf einer Wanne ans Land
getrieben. Der „Freithof“ hatte bei der Insel Jan Mayen
durch Eis ein Leck erhalten und wollte Island als Nothafen
anlaufen. Der „Freithof“ ist identisch mit Wellmanns
Dampfer. Derselben Rheeder, Johannes G. Giesecke, ge-
hörte ein anderer Eisenerdampfer „Laura“, der im Juli mit
drei Touristen unter Leitung des Sohnes des Rheeders,
Magnus Giesecke, auf eine Jagdexpedition nach dem nörd-
lichen Eismeer und Grönland fuhr. Bei der Rückkehr sollten
drei Leute auf Jan Mayen, die dort überwintert hatten,
abgeholt werden. Da die „Laura“ mehrere Wochen über
die verabredete Zeit ausblieb, wurde der „Freithof“, nachdem
er mit Wellmann von Spitzbergen zurückgekehrt war, als
Reisungsdampfer ausgesandt. Am 6. Oktober lief die
„Laura“ im Hafen von Tromsø ein. Das Schiff war mehr
als einen Monat von großen Eismassen festgehalten worden,
nach der Ansicht von Sachleuten von derselben, die an der
Westküste von Spitzbergen sich im Sommer die Navigation so
schwierig gemacht hatten. Diese Eismassen kamen ganz plötz-
lich, während man an der Küste Grönlands ankerte, und das
Schiff wäre beinahe gescheitert. Zuletzt gelang es, im Nor-
den eine Passage durch das Eis zu finden und ins offene
Meer zu kommen. Es wurde nach Jan Mayen gesteuert,

wo man wieder mit Eis zu kämpfen hatte. Endlich kam
man nach Jan Mayen, wo man die Nachricht erhielt, daß
der „Freithof“ den Tag vorher die Überwinterungsexpedition
von dort abgeholt habe. Nach dem „Freithof“ zu suchen
war wegen der Passagiere an Bord ausgeschlossen, und der
Kurs wurde nach Norwegen genommen. Das Wetter war
günstig, der Fang bestand aus sieben Lebcnden, 23 toten
Eisbären, einem lebenden und 20 toten Moschustieren. Un-
gefähr in demselben Moment, als die „Laura“ die Leucht-
türme der heimatischen Küste sah, scheiterte der „Freithof“
bei der isländischen Küste und die Besatzung sowie die
drei von Jan Mayen mitgenommenen Leute ertranken.

Ein gleitender Berg. Ein auf vulkanischem Grund in
Aubenas (Departement Ardèche) lagernder Berg ist
ins Gleiten gekommen und reißt auf seinem Wege
alles mit sich fort. Zweihundert Meter einer Chaussee und
zwei Brücken sind bereits zerstört. Ungefähr eine Mil-
lion Kubikmeter Erdmassen sind in Bewe-
gung. Innerhalb eines Zeitraumes von 26 Stunden legten
sie eine Strecke von 900 Metern zurück. Ein Stillstand ist
noch nicht eingetreten. Das Ereignis ist auf das Ein-
dringen von Quellen zurückzuführen. Die Ingenieure sind
bereits an der Arbeit, um der weiteren Verwüstung Einhalt
zu tun.

Was ein Streik ist, sagt uns die „Samburger
Schlosser-Zeitung“ vom 15. August 1907: Streik
ist das plötzliche Einstellen der Arbeit ohne Einhaltung der
gesetzlichen Kündigungsfrist unter Verbarrierung der Zu-
gänge zu dem betreffenden Betriebe und gewaltsamer Ver-
hinderung des Zutritts anderer Arbeiter event. unter Zugabe
von Einwerfen der Feuerscheiben in der Werkstat, Zer-
störung derselben durch Bomben, Beschädigung der Werk-
zeuge und Maschinen, Verfolgung und Bedrohung und Mis-
handlung der Arbeitenden und deren Familien, Belügen der
Obrigkeit über die Streikgründe, Spekulation à la baisse
auf die Aktien des vom Streik betroffenen Unternehmens,
Verreichung der Schenkweise, bei welchen die Streikenden
ihre Zeit verbringen, Verschuldung und Verelendung der
Arbeiterfamilien, Entleerung der Verbandskassen in die
Taschen der Streikkomitees und sonstigen roten Verführer,
Verwilderung und Arbeitsentwöhnung der Streikenden,
Vermehrung der Diebstähle und Einbrüche, Provozierung
von Krawallen, Verhehung der Arbeiterschaft gegen die mit
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit betrauten Polizei
und Truppen usw. — Der bedauernswerte Mensch, der
dieses Zeug verbrochen, ist wahrscheinlich aus Friedrichsberg
entwichen.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Knaben zeigen an
H. Roggmann und Frau Emma.
Geb. den 5. Oktober 1907.

Donnerstag mittags einhundert fünfzig weitere
liebe Mutter, Schwestern und Geschwister,
die Bunte

Anna Sase, geb. Bruha, verw. Reper,
im 56. Lebensjahre, hier betrauert von den
Hinterbliebenen.

Ludwig Reper u. Frau, geb. Köhler.
Ernst Sase u. Frau, geb. Köhler.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den
16. Okt., 9 Uhr, vom St. Geist-Hospital aus
nach dem Vorwerk Friedhof statt.
Trauerfeier 8 1/2 Uhr.

Bestattung.
Für die heilige Teilnahme bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes, für die reichen
Tröstungen, sowie sämtlichen Beisetzern und
Herrn Pastor Köhler für die tröstlichen
Worte dankt herzlich
im Namen der Hinterbliebenen:
Catharina Niemann,
geb. Köhler.

Allen Verwandten und Bekannten für die
Teilnahme und Kranzsende, sowie Herrn
Pastor Köhler für die tröstlichen Worte im
Sarge unterm Tische dankt herzlich
H. Mastin und Frau, geb. Köhler.

Für die vielen Genesungen u. Gebete
zu meiner Tochter sagen wir allen unsern
herzlichsten Dank.
K. Müller und Frau, geb. Köhler.
Geb. den 12. Oktober 1907.

Ein kleine Wohnung zu vermieten.
Preis 10 Mk.
Sternstraße 10 (Garten).
Gründe zum 1. Nov. ein
jauberes Mädchen
für alle häuslichen Arbeiten.
Sternstraße 25 a.
Gesucht 1 Mann Arbeiter oder Knabe
im Kochen oder Hausarbeiten.
H. Lange, Herr bei Sibel.
Ein vollständiges Bett 20 Mk.
Ein neues Bett 10 Mk.
St. Annenstraße 12.

Veräinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.
Abgerollte Butterbutter
bald Nord 1,40 Mark.

Schöne Ragnum brennen und
rote französische Gfartoffeln
200 Pfund 7 Mk. bei an verkaufen
G. Reschke, Schmach, Schmied.

Adolf Hübnert, Schmied u. Gold-
schmied, Herr bei Sibel.

Karl Oest, Herr bei Sibel 114.
Schick und kleine Schenkungen
Bestellung.

Jack's Familien-Musik-Instrumente
Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern,
Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.
Verkauf zu Original-Fabrikpreisen.
Musikhaus Jaek, Königstrasse 96.
Oeffentliche

Schuhmacher-Versammlung
am Donnerstag, den 17. Oktober 1907
abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitszeit in der Schuhindustrie, die Notwendig-
keit deren Verkürzung im Interesse der materiellen und
geistigen Wohlfahrt der Kollegenchaft.
Referent: Gauleiter Kollege Weickers-Halle.
2. Verschiedenes.

Sämtliche Schuhmacher Lübecks sind zu dieser Versammlung eingeladen
Der Einberufer.

Schnellbeginn
empfehle ich:
**Scheren & Taschenmesser,
Reisszeuge & Mikroskope**
von 50 Pf. an bis 50 Mk.
Diedrich Tesschau,
Lübeck, 27
Breitenstraße
Messing & Sassen.
September 1907.

Uhrer einsetzen 1,50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
macher
Königsstraße 62, k. k. Gürtelstraße
Geh. rote Reibmaschinen.

Holzarbeiter-Verein
Gastliche Einladung

General-Versammlung
am Dienstag, den 15. Okt.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Anwesenheit und Anzahl der beizum.
Anzahl.
2. Bericht über die Tätigkeit der
3. Bericht über die Tätigkeit der
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Gesangverein
„Eintracht“
General-Versammlung
am Mittwoch, 16. Okt.,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907.
2. Wahlmänner.
3. Wahl eines Präsidiums.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gesangverein der Zimmerer.
Quartals-Versammlung
am Dienstag, den 15. Oktober,
abends 8 Uhr
bei 11 Uhr, Sundestraße.
Tages-Ordnung: Abrechnung vom Quartal.
Jahresberichtsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Kom-
missionen am diesem Versammlungsabend
abzugeben.
Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
G. G. m. b. H.
Das Ordnungsbuch Fol. 403/444 auf den
Namen „Spandau-Markensbäckerei“ lautend,
ist als neuform angesetzt und wird daher
genannt, demselben nach irgendwelchem Wert
bestimmen.
Auf Grund der Spandauer § 12 wird
demnach ein neues Buch angefertigt werden.
Lübeck, den 14. Oktober 1907.
Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag, den 15. Okt.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal.
 2. Abrechnung vom Ball.
 3. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.**

Mittwoch, den 16. Okt., abends 8 1/2 Uhr:
Schneiderinnen-Versammlung
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Gesang-Verein
„Einigkeit“
(St. Gertrud).

Am Sonntag, den 13. Oktober, sind folgende
Nummern gezogen:

107	129	203	225	264	265	294
297	317	341	364	367	439	476
507	520	553	586	601	643	675
677	728	760	789	802	810	813
827	848	864	927	978	1022	1023
1049	1107	1132	1156	1190	1269	1270
1278	1301	1350	1354	1428	1429	1444
1453	1456	1458	1499	1516	1647	1686
1692	1818	1850	1889	1930	1967	1976
2033	2046	2063	2106	2111	2127	2138
2153	2187	2215	2224	2243	2249	2258
2270	2302	2313	2325	2326	2342	2349
2383	2433	2437	2587	2644	2649	2707
2768	2797	2840	2860	2862	2872	2879
2897	2995					

Die Gewinne sind heute abend von 7 Uhr
an im „Tieregarten“ abzuholen.

Panorama
Breitenstraße 53, 1. Etage.
Diese Woche ausgestellt:
Stadt und Land
Luxemburg.

Stadt-Theater.
(Provisorium).
Direktion: **Ludwig Pflorkowski.**
Dienstag, den 15. Oktober. 8 Uhr.
13. Abonn.-Vorst. 3. Dienstag-Abonn.
Ehrenabend für den Theatermeister
Johs. Muß anlässlich seines 25-jährigen
Dienstjubiläums.
Fatinitza.
Operette in 3 Akten von Suppe.
Mittwoch: Keine Vorstellung.
Donnerstag: **Die weiße Dame.**

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und
Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten
Artikel: **Paul Schwigk**; für den gesamten
übrigen Inhalt: **Johannes Stelling.**
Verleger: **H. Schwark**, Druck: **Freiburg.**
Reper u. Co. Sämtliche in Lübeck.